

Bewegung in der "Einheitsfront"?

Das neue Weißbuch zum politischen Parteiensystem der VR China

Die chinesische Zentralregierung hat am 15. November 2007 ein Weißbuch mit dem Titel "China's Political Party System" veröffentlicht. Es wurde vom Informationsbüro des Staatsrates herausgegeben und in mehreren staatlichen Medien abgedruckt. In dem 15.000 Wörter umfassenden Dokument wird die Bedeutung der acht so genannten "Demokratischen Parteien" (DP) Chinas hervorgehoben. Im Rahmen des politischen Systems des Landes, das mit dem Begriff "Multi-party Cooperation" beschrieben wird, arbeiten diese eng mit der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zusammen. Sie nehmen am politischen Geschehen der Volksrepublik in erster Linie über die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) teil. Durch den Ausbau des Systems der „Mehrparteienkooperation“ erhofft sich die Regierung eine Verbesserung der "Sozialistischen Demokratie" Chinas. Kein Zweifel lässt das Papier allerdings am Führungsanspruch der KPCh.

Das Weißbuch schildert zunächst die Gründung der "Demokratischen Parteien" während der Zeit des Widerstandes gegen die japanische Besatzung. Aus dem gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer und dem anschließenden Bürgerkrieg gegen die Guomindang rühre die enge Kooperation mit der Kommunistischen Partei her, deren Führungsanspruch sich die „Demokratischen Parteien“ schon früh unterworfen hätten. Diese wiederum habe im Gegenzug die Politische Konsultativkonferenz des

Chinesischen Volkes (PKKCV) ins Leben gerufen und damit eine "demokratische Koalition" begründet. Während der Reform- und Öffnungspolitik sei das System der "Mehrparteienkooperation" dann weiterentwickelt worden, bis es auf der Tagung des 8. Nationalen Volkskongress 1993 Verfassungsrang erhalten habe.

Chinas "Sozialistische Demokratie", so das Weißbuch weiter, zeichne sich durch eine Kombination von demokratischen Wahlen und demokratischen Konsultationen aus. In diese Konsultationen – in Form von Treffen mit Vertretern der Staats- und Parteiführung oder im Rahmen von gemeinsamen Konferenzen – seien auch die „Demokratischen Parteien“ in vielfältiger Weise eingebunden. Ihr Rat würde vor allem in grundlegenden Fragen der Regierungsführung, der Verwaltung von Staatsangelegenheiten oder bei der Formulierung von Gesetzen eingeholt. Seit Beginn der 1990er Jahren sei diese Beratungstätigkeit auf immer mehr Politikbereiche ausgedehnt worden. Heute wirkten die „Demokratischen Parteien“ an allen einschlägigen Gesetzesvorhaben mit, zuletzt auch an der Ausarbeitung des 11. Fünfjahresplans im Jahre 2005.

Positiv wird im Weißbuch der Beitrag der „Demokratischen Parteien“ zum chinesischen Reform- und Modernisierungsprozess herausgestellt, etwa durch Stellungnahmen zu Modernisierungs- und Reformvorhaben oder durch ihre soziale Arbeit, so z.B. im Kampf gegen die Armut. Sie seien darüber hinaus ein Sprachrohr für die öffentliche Meinung und damit ein wichtiger Kanal der Kommunikation zwischen der Kommunisti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM

VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

30. November 2007

[Auslandsbüro China](#)

www.kas.de

schen Partei und der chinesischen Gesellschaft.

Das Papier unterstreicht ferner das freundschaftliche Verhältnis zwischen der KPCh und den acht „Demokratischen Parteien“. Man tausche sich untereinander aus, bringe aber auch Kritik an und kontrolliere sich gegenseitig. Gleichzeitig lässt das Weißbuch jedoch keinen Zweifel an der Führungsrolle der KPCh, deren Legitimation sich aus der Geschichte sowie aus dem Willen des chinesischen Volkes ableiten lasse.

Die „Demokratischen Parteien“ seien inzwischen durch eine "angemessene" Zahl von Posten in der Exekutive, in den Volkskongressen und in der Justiz an der Machtausübung beteiligt. Das Papier weist in diesem Zusammenhang auf eine steigende Zahl von Mitgliedern der „Demokratischen Parteien“ hin, aber auch von Personen ohne jede Parteimitgliedschaft. So seien Ende 2006 31.000 Regierungspositionen auf der Bezirksebene oder darüber von Personen ohne Mitgliedschaft in der KPCh besetzt gewesen.

Künftig müsse es darum gehen, das System der Mehrparteienkooperation noch weiter zu festigen und zu verbessern, um auf diese Weise eine nachhaltige Entwicklung und eine Fortsetzung des Reform- und Öffnungsprozesses zu garantieren. Nur so ließen sich die Stabilität und Einheit des Landes wahren und eine "Harmonische Gesellschaft" auf chinesischem Boden errichten.¹ Das Weißbuch schließt mit einer Warnung vor einer mechanischen Adaption von politischen Systemen anderer Länder. Jedes politische System müsse vielmehr die spezifischen Bedingungen des jeweiligen Landes berücksichtigen. Ein "blindes Nachahmen" von Modellen anderer Länder sei zum Scheitern verurteilt. Vor diesem Hintergrund stelle die "Mehrparteienkooperati-

¹ Die "Harmonische Gesellschaft" (hexie shehui, 和谐社会) ist ein Konzept der Regierung Hu Jintao. Zum Ziel hat es die Herstellung eines harmonischen Verhältnisses zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, verschiedenen Regionen, zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Mensch und Natur sowie auch zwischen innenpolitischer Entwicklung und der internationalen Öffnung des Landes.

on" die logische Schlussfolgerung aus Chinas neuerer und neuester Geschichte dar. Es handle sich hier um eine originäre Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der historischen Situation des Landes. Deshalb sei die „Mehrparteienkooperation“ das für die Volksrepublik China adäquate Parteiensystem.

Ein politisches Signal?

In der Vergangenheit hat die chinesische Regierung wiederholt die Form eines Weißbuches gewählt, um insbesondere mit Blick auf das Ausland eine einheitliche Sprachregelung zu bestimmten Themen festzulegen. Das Spektrum der Themen war dabei breit angelegt: So war Tibet bereits mehrere Male Gegenstand von Weißbüchern. Andere Bücher widmeten sich der Frage der Menschenrechte, der regionalen Autonomie für ethnische Minderheiten oder dem Schutz des geistigen Eigentums.² 2005 veröffentlichte die Regierung ein 74-seitiges Weißbuch zum Thema "Building of Political Democracy in China". Es war das erste offizielle Dokument, in dem Vorstellungen zur künftigen Gestaltung der politischen Demokratie dargelegt wurden.³ An dieses Papier knüpft das jetzt erschienene Weißbuch unmittelbar an.

Ausländische Beobachter aber auch chinesische Reformintellektuelle haben in der Vergangenheit die chinesische Führung wiederholt für ihre zögerliche Haltung kritisiert, was den Fortgang der politischen Reformen angeht. Diese seien dringend erforderlich, um den gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen des Landes als Folge der Reform- und Öffnungspolitik in den letzten 30 Jahren gerecht zu werden. Im Vorfeld des 17. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, der im Oktober 2007 in Peking stattfand, wurden einmal mehr solche Rufe nach poli-

² Eine Übersicht über sämtliche veröffentlichten Weißbücher der chinesischen Regierung findet sich auf <http://www.gov.cn/English/links/whitepapers.htm>

³ Vgl. den Politischen Kurzbericht des LAS-Länderbüros Peking / China von Inken Denker: "Chinas Agenda für die Zukunft – Der 11. Fünf-Jahres-Plan und das Weißbuch zur Demokratie", Peking, 10/2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

30. November 2007

[Auslandsbüro China](http://www.kas.de)
www.kas.de

tischen Reformen laut.⁴ Einige hofften dabei, vom Parteitag könne ein Anstoß zu einer weiteren politischen Öffnung des Landes ausgehen. Wie nicht anders zu erwarten, blieben diesbezügliche Initiativen aus. Einmal mehr wurden die Erwartungen enttäuscht.

Nicht ausgeschlossen, dass mit der Veröffentlichung des Weißbuches nur wenige Tage nach dem Parteitag ein Zeichen in Richtung Reformen gesetzt werden sollte. So knüpft das Dokument unmittelbar an die Ausführungen an, die Staatspräsident Hu Jintao in seinem Rechenschaftsbericht vor den 2.000 Delegierten des 17. Parteitages zum Thema politische Reformen gemacht hatte. Hierin hatte Hu eine Verbesserung des Systems der Mehrparteienkooperation und der politischen Konsultationen, ferner eine intensivere Partizipation der Öffentlichkeit sowie eine stärkere Rechenschaftspflicht seitens der Kommunistischen Partei in Aussicht gestellt. Möglicherweise soll mit dem jetzt erschienenen Weißbuch signalisiert werden, dass dies keine reine Rhetorik war, sondern dass politische Reformen – wenn auch begrenzt – weiterhin auf der Agenda Pekings stehen.

Dies dürfte im Übrigen auch die Botschaft sein, die man mit Hilfe dieses Weißbuchs dem Ausland übermitteln möchte. Zwar wird in dem Papier einem kompetitiven Mehrparteiensystem eine klare Absage erteilt, aber das Bestehen von weiteren Parteien neben der Kommunistischen Partei mit zunehmenden Möglichkeiten der Politikgestaltung wird als ein wichtiges Element des politischen Pluralismus präsentiert. Vieles deutet darauf hin, dass man damit Kritikern, sofern sich diese anschicken sollten, im Zuge der herannahenden Olympischen Spiele die mangelnden demo-

⁴ Dies zeigte zuletzt eine Reihe von Artikeln, die im Vorfeld des 17. Parteitages in reformorientierten chinesischen Zeitschriften erschienen war. Eine ausführliche Analyse des Parteitages sowie der Reformdiskussion im Vorfeld im KAS-Länderbericht von Jochen Kleining: "Auf der Suche nach Harmonie – Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas", Peking 10/2007.
http://www.kas.de/proj/home/pub/37/1/year-2007/dokument_id-12235/index.html

kratischen Strukturen in China zu kritisieren, offensiv entgegentreten möchte.

Die "Demokratischen Parteien" im politischen System der VR China

Bei den "Demokratischen Parteien" von Parteien im eigentlichen Sinne zu sprechen, führt in die Irre. Es handelt sich vielmehr um Organisationen, die sich der Führung der KPCh unterstellt haben. Mit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978, insbesondere jedoch nach 1989, wurden die „Demokratischen Parteien“ im politischen System der Volksrepublik allerdings etwas mehr hervorgehoben.⁵ Formal fand dies 1993 seinen Ausdruck in der Aufnahme des Systems der "Mehrparteienkooperation" in die chinesische Verfassung. Die Mitwirkung der "Demokratischen Parteien" an den politischen Prozessen ist deshalb nicht ganz realitätsfern. Instrumente sind dabei "politische Konsultationen", "demokratische Kontrolle" sowie die "Mitwirkung an Staatsgeschäften".

Heute verfügen die „Demokratischen Parteien“ über insgesamt 707.100 Mitglieder. Dies stellt eine deutliche Zunahme gegenüber den Mitgliederzahlen im Jahr 1997 (410.000) oder gar im Jahr 1985 (160.000) dar. Angesichts der überwältigenden Größe der KPCh mit ihren gegenwärtig 73,36 Millionen Mitgliedern sind diese Zahlen jedoch nach wie vor verschwindend gering.⁶ Dennoch gestehen Beobachter zu, dass die acht "Demokratischen Parteien" im politischen Leben der VR China eine gewisse Rolle spielen und nicht nur bloße Dekoration sind.⁷ Ein Indiz dafür ist, dass die Zahl der Mitglieder der „Demokra-

⁵ Chen, Chi-Hua: Stabilität als Zielorientierung in den 1990er Jahren: die Einbeziehung der Intellektuellen in das Herrschaftssystem der Kommunistischen Partei Chinas am Beispiel der "Demokratischen Parteien", Dissertation 2003, Onlinepublikation, <http://hydra.ub.ruhr-uni-bochum.de/netathtml/HSS/Diss/ChenChi-Hua/>.

⁶ Zu den Zahlen vgl.: Klaudia Lee: "Paper justifies party's grip on power", in: South China Morning Post, 16.11.2007, S. A4; sowie Sebastian Heilmann: Das politische System der VR China, Wiesbaden 2004, S. 142.

⁷ Ting Shi: "Aim to counter critics, say analysts", in: South China Morning Post, 16.11.2007, S. A4.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
JOCHEN KLEINING

30. November 2007

[Auslandsbüro China](#)
www.kas.de

tischen Parteien“ mit Positionen in Politik und Verwaltung zuletzt erheblich gestiegen ist. Wie im Weißbuch erwähnt, wurden kürzlich zwei Minister der Zentralregierung ernannt, die nicht mehr der KPCh angehören: Wan Gang, neuer Minister für Wissenschaft und Technologie, ist Mitglied der Chinesischen Volkswohlpartei (CZGD), Chen Zhu, der neue Gesundheitsminister, ist sogar parteilos. Auch wenn diese Tendenzen nichts an der fundamentalen Tatsache der Einparteiherrschaft in China ändern: Hinsichtlich ihrer "Mitwirkung an den Staatsgeschäften" kann tatsächlich von einer in den letzten Jahren stärker gewordenen politischen Partizipation der "Demokratischen Parteien" gesprochen werden. Wirklich mitbestimmen können sie freilich nach wie vor nicht; sie werden allenfalls vorher konsultiert und können sich im Nachhinein an der Umsetzung beteiligen.

Das Ergebnis der "politischen Konsultationen" ist schwer zu beurteilen. Inwiefern die „Demokratischen Parteien“ tatsächlich bei der Staats- und Parteiführung Gehör und ihre Vorschläge wirklich Eingang in Gesetzesvorlagen finden, darüber kann nur spekuliert werden. In China stellt der engere Führungskreis von Staat und Partei nach wie vor ein "arcanum imperii", ein Herrschaftsgeheimnis, dar. Hochrangige Treffen finden hinter verschlossenen Türen statt, der Inhalt der Gespräche wird nicht öffentlich zugänglich gemacht. Experten konstatieren jedoch, dass die Meinungen der „Demokratischen Parteien“, etwa zu Fragen der Reform der staatseigenen Betriebe oder der ländlichen Regionen, durchaus in der Zentralregierung Beachtung finden.⁸

Von einer "demokratischen Kontrolle" der KPCh durch die „Demokratischen Parteien“ kann allerdings keine Rede sein. Zu eng ist die Anbindung dieser Parteien an die Kommunistische Partei, zu begrenzt ihr Handlungsspielraum. Hinzu kommt, dass sie über keine großen Machtbefugnisse verfügen, mittels derer sie im Konfliktfall eine solche Kontrollfunktion effektiv ausüben könnten.

⁸ Ebd.

Die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV)

Nach Auffassung der KPCh ist das System der "Mehrparteienkooperation" eng mit der Politischen Konsultativkonferenz verbunden. Zwar sind die „Demokratischen Parteien“ auch im Nationalen Volkskongress vertreten, doch wird die PKKCV als das eigentliche Organ der "Einheitsfront" zur politischen Mitwirkung aufgefasst.

Die Politische Konsultativkonferenz trat im September 1949 erstmals zusammen, also noch vor Gründung der Volksrepublik China. Sie sollte in erster Linie alle kooperationswilligen Gruppen und Parteien unter der Führung der KPCh vereinen. In der gegenwärtig 10. PKKCV (Mandatszeitraum 2003-2008) sind nur 40 Prozent der Delegierten Mitglieder der Kommunistischen Partei. Die KPCh stellt damit, im Unterschied zum Nationalen Volkskongress, in der PKKCV nicht die Mehrheit der Delegierten. Allerdings: Den Vorsitz der Politischen Konsultativkonferenz führt Jia Qingling, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh. Und auch unter den Stellvertretenden Vorsitzenden sind führende KPCh-Funktionäre stark vertreten. An diesem Tatbestand wird noch einmal die enge Anbindung auch dieses Organs an die Kommunistische Partei ersichtlich.

Die Zusammensetzung der Politischen Konsultativkonferenz folgt nicht - wie beim Nationalen Volkskongress - regionalen, sondern funktionalen Kriterien. Neben Mitgliedern der KPCh und der acht "Demokratischen Parteien", gehören ihr auch Delegierte der acht Massenorganisationen und Verbände sowie weitere gesellschaftliche Gruppen wie Mediziner, Lehrer, Bauern und Sportler an. Größere Einzelgruppen bilden auch die Künstler, Wissenschaftler und Ingenieure. Seit dem Jahr 1998 ist zudem die Zahl der Mitglieder aus der Privatwirtschaft ständig gestiegen. Schließlich gehört der PKKCV noch eine Gruppe "gesondert eingeladenen Persönlichkeiten" an. Es handelt sich hierbei um Prominente, deren Teilnahme hauptsächlich dem Ziel dient, der Politischen Konsultativkonferenz einen gewissen Glanz zu verleihen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA

JOCHEN KLEINING

30. November 2007

[Auslandsbüro China](#)

www.kas.de

Tatsächlich fristet die PKKCV jedoch seit ihrer Gründung ein Schattendasein. Auch als die Parteiführung ihr Anfang der 1990er Jahre einige neue Funktionen zuwies, änderte sich daran nichts. Nach wie vor besteht ihre Hauptaufgabe darin, der Partei- und Staatsführung Vorschläge für Maßnahmen zu unterbreiten, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Bildungs-, Kultur-, und Gesundheitspolitik, aber auch zu Fragen der Rechts- und Verwaltungsreform. Sie ist insofern ein reines Konsultativorgan, das über keinerlei Beschluss- oder Entscheidungsbefugnisse verfügt. Wiederholt wird sie jedoch von der chinesischen Führung als Vorzeigeobjekt herausgestellt, um auf diese Weise die Partizipation breiter gesellschaftlicher Kreise an der Regierung zu demonstrieren.

Fazit

Die Veröffentlichung des Weißbuches zum gegenwärtigen Zeitpunkt verdeutlicht ein Problem der politischen Herrschaft in China: Der rapide wirtschaftliche Wandel geht zunehmend einher mit einer Pluralisierung der Gesellschaft. Politische Reformen sind bislang jedoch weit hinter den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zurück geblieben. Dies wird nicht nur von ausländischen Beobachtern, sondern auch von chinesischen Reformintellektuellen so gesehen. Es ist davon auszugehen, dass auch die Kommunistische Partei sensibilisiert ist, dass es langfristig zu politischen Reformen keine Alternative gibt - will man auch künftig die Regierungsfähigkeit sicherstellen. Aus diesem Grund verfolgt die KPCh eine Doppelstrategie: Dem gesellschaftlichen Wandel soll einerseits durch eine Stärkung der "innerparteilichen Demokratie" begegnet werden. Gleichzeitig möchte Peking aber auch gesellschaftliche Gruppen außerhalb der Partei durch verstärkte Konsultationen sowie durch die Vergabe von Regierungsämtern in politische Entscheidungsprozesse einbinden. Die Umsetzung ist allerdings bislang nur schleppend vorangekommen. Unverändert groß scheint die Furcht vor einem Kontrollverlust und einer damit einhergehenden Destabilisierung des Landes sein. Als mahnendes Beispiel wird dabei immer wieder

der Zerfall der Sowjetunion nach den ersten politischen Reformen im Zuge von Glasnost zitiert.

Politische Reformen sind in der Volksrepublik China vor diesem Hintergrund immer nur in einem ganz engen Rahmen möglich. Abgelehnt werden dabei Reformen, die in die Richtung einer westlichen Demokratie deuten. Aus diesem Grund dürfte sich aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren nichts am Alleinvertretungsanspruch der Kommunistischen Partei ändern. Aufgrund ihrer engen Anbindung an die KPCh sind auch von den "Demokratischen Parteien" keine weitergehenden Anstöße zu politischen Reformen zu erwarten.

Dennoch lohnt es sich, die politischen Signale und leichten Verschiebungen im Machtgefüge – und seien es auch nur Nuancen – weiterhin genau zu beobachten. Denn sie zeigen Zweierlei: Zum einen, dass sich die politische Führung Chinas dem gesellschaftlichen Wandel nicht vollständig verschließen kann und in zunehmenden Maße unter Rechtfertigungsdruck gerät. Zum andern, dass das in westlichen Medien häufig verbreitete Zerrbild von der Volksrepublik China als eines vollkommen erstarrten politischen Systems nicht ganz zutrifft. Auch wenn die Umsetzung bislang zu Wünschen übrig lässt: Der Diskurs über politische Reformen wird auch von der Staats- und Parteiführung nicht länger ignoriert.

Annex

Die "Demokratischen Parteien" in der VR China im Überblick⁹

Revolutionäres Komitee der Guomindang (RCCK)

Gegründet: 1. Januar 1984

Mitglieder: 81.000

Personen mit Verbindung zur früheren Guomindang, Intellektuelle, sowie einige prominente Persönlichkeiten.

⁹ Die Daten sind Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, zit. n. South China Morning Post, 16.11.2007, S. A4.

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
 JOCHEN KLEINING

30. November 2007

[Auslandsbüro China](#)
www.kas.de

Demokratischer Bund (CDL)

Gegründet: 19. März 1941

Mitglieder: Mehr als 181.000

Die Mehrheit der Mitglieder sind Intellektuelle aus Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technologie.

Demokratische Aufbauvereinigung (CNDCA)

Gegründet: 16. Dezember 1945

Mitglieder: Mehr als 108.000

Gegründet von patriotischen Industriellen und Geschäftsleuten. Die meisten Mitglieder stammen aus der Privatwirtschaft.

Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans (TSL)

Gegründet: 12. November 1947

Mitglieder: Mehr als 2.100

Die meisten Mitglieder sind "patriotische" Taiwanesen, die für eine Wiedervereinigung mit dem Festland eintreten.

Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei (CPWDP)

Gegründet: 9. August 1930 (als provisorisches Aktionskomitee der Guomindang), firmiert unter dem heutigen Namen seit dem 3. Februar 1947.

Mitglieder: Mehr als 99.000

Die Mehrheit der Mitglieder sind Intellektuelle aus dem medizinischen Bereich.

Vereinigung zur Förderung der Demokratie (CAPD)

Gegründet: 30. Dezember 1945

Mitglieder: 103.000

Die Mehrheit der Mitglieder sind Intellektuelle aus Kultur, Bildung und Medien.

Studiengesellschaft des 3. September

Gegründet: 1944 von progressiven Wissenschaftlern als Forum für Demokratie und Wissenschaft auf der Basis der 4. Mai-Bewegung von 1919. Strebte zunächst den Sieg im Chinesisch-Japanischen Krieg sowie politische Demokratie an. Formell gegründet am 4. Mai 1946.

Mitglieder: Mehr als 105.000

Die Mehrheit der Mitglieder sind Wissenschaftler und Ingenieure.

Chinesische Volkswohlpartei (CZGD)

Gegründet: Oktober 1925 in San Francisco, Reorganisation als demokratische Partei auf Parteitag im Mai 1947 in Hongkong

Mitglieder: Mehr als 28.000

Die Mehrheit der Mitglieder sind zurückgekehrte Überseechinesen und deren Verwandte.